

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Frau Bundesrätin
Elisabeth Baume-Schneider
Bundeshaus West
3003 Bern

6. September 2023

Änderung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit: Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 21. Juni 2023 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, zum oben genannten Geschäft Stellung zu nehmen. Der Regierungsrat des Kantons Aargau bedankt sich für diese Möglichkeit und äussert sich wie folgt:

Mit den vorgeschlagenen Änderungen sollen in Umsetzung der durch die Staatspolitische Kommission des Nationalrats (SPK-N) eingereichte (22.3392) Motion "Erweiterung Härtefallregelung zum Zugang zu beruflichen Ausbildungen" die Voraussetzungen für die Erteilung einer Härtefallbewilligung an jugendliche Sans-Papiers und Personen mit einem abgelehnten Asylgesuch, die in der Schweiz eine berufliche Grundbildung absolvieren möchten, gelockert werden. Die bisher geltende Mindestdauer des obligatorischen Schulbesuchs in der Schweiz sollen von fünf auf zwei Jahre herabgesetzt und die anschliessende Frist zur Einreichung eines Härtefallgesuchs von einem auf zwei Jahre erhöht werden. Die übrigen, bereits heute geltenden Zulassungsvoraussetzungen sollen unverändert bleiben.

Der Regierungsrat teilt die Ansicht der Mehrheit der SPK-N, dass die bestehende Regelung zu restriktiv ist und begrüsst die Änderungen. Für jugendliche, abgewiesene Asylsuchende und Sans-Papiers stellt das Fehlen einer Aufenthaltsbewilligung ein Hindernis für eine Berufslehre dar. Für eine höhere Ausbildung, die keine Erwerbstätigkeit darstellt, besteht diese Schranke hingegen nicht. Es erscheint deshalb im Sinne einer Gleichbehandlung als folgerichtig, dass die Voraussetzungen für die Absolvierung einer beruflichen Erstausbildung für diese Personengruppe gelockert werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Jean-Pierre Gallati
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

z.K. an

- vernehmlassungSBRE@sem.admin.ch